

10.09.2020

Beschlussempfehlung

des Ausschusses Europa und Internationales

zu dem Antrag
der Fraktion von SPD und
der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/9350 Neudruck

Die europäische Solidarität in Krisenzeiten sicherstellen: NRW setzt sich für die Kooperation der EU-Staaten zur Bewältigung der Corona-Krise ein

Berichterstatter: Abgeordneter Dietmar Brockes

Beschlussempfehlung:

Der Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/9350 Neudruck – wird abgelehnt.

Bericht

Der Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 17/9350 Neudruck - wurde vom Plenum in seiner Sitzung am 27. Mai 2020 an den Ausschuss für Europa und Internationales überwiesen.

Aus Sicht der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halte die Corona-Pandemie die ganze Welt in Atem. Rund um den Globus würden Menschen gegen die Ausbreitung des Virus kämpfen. Das Leben jedes und jeder Einzelnen habe sich weltweit fundamental verändert. Das gemeinsame Ziel sei, das Virus einzudämmen und eine Überforderung der Gesundheitssysteme zu verhindern. Trotzdem hätten bereits zu viele Menschen ihr Leben verloren.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie zeigten, wie vernetzt die Staaten und ihre Wirtschaftssysteme in unserer globalisierten Welt seien. Nationalismus könne für die Überwindung der Krise aber nicht die Antwort sein. Vielmehr seien Hilfen für andere Staaten bei der Versorgung von Patientinnen und Patienten und mit notwendigen Materialien humanitär geboten. Offene Grenzen und freier Handel im europäischen Binnenmarkt seien darüber hinaus wichtige Errungenschaften, die es unbedingt zu erhalten gelte. Wie schon in früheren Krisen sei es notwendig, dass die Staaten der Europäischen Union zusammenarbeiten und sich untereinander besser über Maßnahmen und Hilfen abstimmen würden.

Die Grenzen in der Europäischen Union sollten nicht geschlossen sein. Vielmehr wäre es sinnvoll gewesen, von Anfang an grenzüberschreitende regionale und lokale Konzepte zu fahren. Da es jedoch an einer gemeinsamen europäischen Pandemieplanung und dafür notwendigen Abstimmungen der Gesundheitssysteme mangle, erfolgte der Rückschritt ins Nationale und viele Grenzen seien innerhalb der EU geschlossen worden. Die Grenzen zwischen Nordrhein-Westfalen, Belgien und den Niederlanden blieben glücklicherweise offen und ermöglichten zumindest einen eingeschränkten Grenzverkehr. Auch diese Einschränkungen müssten überwunden und ebenfalls an den anderen Grenzen im Schengen-Raum zu einem sinnvolleren Krisenmanagement übergegangen werden.

Wo regionale und lokale grenzüberschreitende Zusammenarbeit an Bedeutung gewinne, müssten Kreise und Kommunen auch entsprechend unterstützt werden. Der Zusammenarbeit in den regionalen Gesundheitsstrukturen, insbesondere zwischen den Gesundheitsämtern bei der Pandemie-Bekämpfung, komme beim Wegfall von Grenzsicherungen und Einreisequarantänen besondere Verantwortung zu. Dies bedürfe auch zusätzlicher Unterstützung, finanziell und ideell, durch die Landesregierung. Verstärkte Kooperationen, Erfahrungsaustausch, die Versorgung von Patientinnen und Patienten aus den Grenzregionen und weitere Maßnahmen müssten entsprechend zusätzlich gefördert werden.

Alle Maßnahmen zur kurz- und langfristigen Bewältigung der Corona-Pandemie und ihrer Folgen seien nur mit einem tragfähigen und zukunftsorientierten Finanzierungsmodell möglich. Schon jetzt würde sich der alte Graben zwischen den finanzstarken Ländern im Norden und den von der Eurokrise gebeutelten Staaten im Süden immer weiter erschließen. Nirgendwo zeige sich das so deutlich wie bei den unterschiedlichen Kapazitäten der Gesundheitssysteme: Die Pandemie würde überall dort besonders tragische Folgen aufzeigen, wo aufgrund der Austeritätspolitik an essentiellen Elementen des Gesundheitswesens gespart worden sei. Die Fehler bei der Bewältigung der einen Krise führten nur dazu, dass die nächsten noch viel schlimmer würden und die Unterschiede zwischen den Mitgliedsstaaten stetig wüchsen. Diese Fehler dürften keinesfalls wiederholt werden, wenn uns noch etwas an einem geeinten Europa liege. Es brauche daher ein umfangreiches europaweites Investitionspaket für den

Wiederaufbau und eine solidarische Lastenverteilung. Durch gemeinschaftliche Anleihen – sogenannte CoronaBonds – würde man es auch finanzschwächeren Ländern ermöglichen, sich die nötigen Finanzmittel zu tragbaren Konditionen zu leihen. Deutschland müsse sich nun solidarisch zeigen und dürfe die Einführung der CoronaBonds nicht länger blockieren.

Es brauche aber eine noch umfassendere europäische fiskalische Antwort auf die CoronaKrise in Form von Zuschüssen durch die EU: Einen solidarischen europäischen Wiederaufbaufonds, der als Priorität den Green Deal und die Digitalisierung fördere und an ökologische, soziale und wirtschaftliche Bedingungen geknüpft sei.

In den Eindämmungsmaßnahmen zur Corona-Pandemie bestünden Gefahren für viele Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, des Wirtschaftens, der Demokratie und der europäischen und internationalen Verständigung. Es handele sich um einen für die Bundesrepublik Deutschland bisher einmaligen Fall, den sie als liberale Demokratie jedoch gut bestanden habe, insbesondere im Vergleich zu den autokratisch geführten und von Populisten regierten Staaten der Welt. Wichtig wäre ein stärker europaweit abgestimmtes Vorgehen bei der Pandemiebewältigung gewesen. Diese Krise zeige uns erneut, dass wir mehr Europa brauchen, nicht weniger. Für zukünftiges Handeln in Pandemiefällen bedürfe es von vorherein EU-weit abgestimmter Vorgehensweisen und plausibler Erläuterungen dieses Handelns.

Dass sich völkisch-nationale EU-Kritiker lautstark an den Maßnahmen zur Bewältigung der Pandemie abarbeiten würden, sei altbekannte Taktik, offenbare jedoch lediglich die Unfähigkeit von Rechtspopulisten und Rechtsextremisten, in Krisenzeiten echte tragfähige Lösungen anzubieten, anstatt sich nur in Fundamentalkritik an der Regierungspolitik zu ergehen. So sei es in der Euro- und Finanzkrise gewesen, so würde es bei der Aufnahme großer Zahlen von Geflüchteten sein und so sei es nun wieder im Angesicht einer globalen Pandemie. Dieser Politikstil möge kurzfristige Aufmerksamkeit generieren, führe jedoch in keiner Weise zu einer Verbesserung der aktuellen Lage. Stattdessen würde man europaweit harmonisierte, nachvollziehbare und ineinandergreifende Lösungen brauchen, vor allem für die drängendsten Probleme. Nur so erhielten wir das Vertrauen und die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger für die getroffenen Entscheidungen und Maßnahmen.

Zu diesen Maßnahmen würden nicht nur Kontaktverbot und Maskenpflicht zählen, sondern auch die Abgabe medizinischer Ausrüstung wie Beatmungsgeräte oder Schutzkleidung an von der Krise besonders betroffene Länder sowie die solidarische Aufnahme von Covid-19-Patientinnen und Patienten aus europäischen Nachbarländern in nordrhein-westfälische Krankenhäuser. Solange unsere Krankenhäuser die Pandemie gut bewältigen könnten, müsse es eine Selbstverständlichkeit sein, dass unsere Krankenhäuser im Notfall auch erneut Patientinnen und Patienten aus dem europäischen Ausland aufnehmen und um jedes einzelne Leben kämpfen. Auch wenn dieser Kampf manchmal verloren gehe, so sei er doch jede Mühe wert. Das Mitgefühl gelte den Familien und Angehörigen all derjenigen, die trotz größter Anstrengung durch das Klinikpersonal nicht gerettet werden konnten.

Neben akuten Bewältigungsmaßnahmen müsste man den Blick jedoch auch auf die langfristigen Folgen der Krise richten. Die Corona-Pandemie habe die Defizite unseres auf in weiten Teilen stark an marktwirtschaftlichen Kriterien ausgerichteten Gesundheitswesens schonungslos offenbart. Ein ‚Weiter wie bisher‘ verbiete sich. Es sei ein Armutszeugnis, wenn Bürgermeister Schutzkleidung für ihr medizinisches Personal auf eigene Faust im Ausland bestellen müssten, weil weder Landes- oder Bundesregierung, noch die einzelnen Krankenhäuser ausreichend große Kontingente vorhielten. Produktionskosten für Schutzausrüstung immer weiter in den Keller zu drücken, sei kein Selbstzweck. Vielmehr entstünden durch die massive Auslagerung der Produktion ins Ausland unschöne bis

gesundheitsgefährdende Nebeneffekte. Im Falle einer Pandemie würde plötzlich der Nachschub abbrechen, heimische Gewerbe könnten ihre Produktion nicht schnell genug umstellen und Regierungen würden zurück in den Nationalismus verfallen, indem sie versuchten, mit allen Mitteln möglichst viel Ausrüstung für die eigene Bevölkerung zu sichern. Das bedeute nicht nur einen Rückfall in überwunden geglaubte Verhaltensweisen und die Aushebelung internationaler Kooperation, sondern führe bisweilen auch in die direkte Abhängigkeit von autokratischen Regimen. Eine „geheime“ Lieferung im Umfang von zwei Millionen Schutzmasken aus der Türkei nach NRW sei da nur das augenfälligste Beispiel. Statt Autokraten wie Erdoğan die Gelegenheit zu bieten, sich über vermeintlich großzügige Spenden in ein gutes Licht zu rücken, während für die eigene Bevölkerung in der Türkei selbst nicht genug Schutzausrüstung zur Verfügung steht, müssten die EU-Staaten dafür sorgen, dass medizinische Schutzausrüstung wieder in ausreichender Zahl dauerhaft in Europa produziert werde. Eine ausgebaute Pandemiewirtschaft und ein starkes Gesundheitssystem seien notwendige Bestandteile eines sozialen Europas.

Zu den langfristigen Lehren der Corona-Krise zähle ebenfalls, dass Europa bereit sein müsse, gerade diejenigen internationalen Organisationen stärker finanziell zu unterstützen, die in Krisensituationen unerlässliche Arbeit zum Wohle der Bevölkerung leisten würden. Während einer globalen Pandemie müsse die Weltgesundheitsorganisation (WHO) unverzüglich und uneingeschränkt handlungsfähig sein. Hier könne sich Europa nicht ruhigen Gewissens auf einen Präsidenten verlassen, der seiner eigenen Bevölkerung die Injektion von Desinfektionsmitteln empfehle und der finanzielle Mittel für den weltweiten Gesundheitsschutz nach Lust und Laune zusammenstreiche. In einem ersten Schritt müsse die Europäische Union die aktuelle Finanzierungslücke, die durch den fehlenden Beitrag der USA entstanden sei, kurzfristig schließen. Darüber hinaus müsse sie eine Strategie entwickeln, wie die Finanzierung der WHO auch unter unvorhersehbaren politischen Umständen in ihren Geldgeberländern zuverlässig abzusichern sei.

Der Landtag müsse daher die Landesregierung auffordern,

1. sich dafür einzusetzen, dass die Grenzen zwischen den EU-Staaten des SchengenRaums dauerhaft und vollständig geöffnet und stattdessen grenzübergreifend abgestimmte regionale Schutz- und Eindämmungsmaßnahmen durchgeführt werden. Die Landesregierung muss dafür Sorge tragen, dass eine solche verstärkte regionale Abstimmung und Zusammenarbeit auch in den Grenzregionen von Nordrhein-Westfalen, Belgien und den Niederlanden erfolgt, wo es bisher keine Grenzsicherungen gab.
2. sich dafür einzusetzen, dass gemeinsame europäische Anleihen zur Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise aufgelegt werden. Der deutsch-französische Vorschlag vom 18. Mai ist hierzu grundsätzlich zu begrüßen, aber es ist darauf hinzuwirken, dass ein Wiederaufbaufonds für Europa deutlich größere Ausmaße erhält und durch Zuschussprogramme flankiert wird.
3. weiterhin aktiv anderen europäischen Ländern das Angebot zu machen, besonders gesundheitsgefährdete Patientinnen und Patienten aus europäischen Nachbarstaaten aufzunehmen, wenn in diesen Staaten die Krankenhäuser überlastet sind, aber das hiesige Gesundheitssystem die Lage beherrschen und so die Chance erhöhen kann, dass das Leben der Menschen gerettet wird.
4. sich dafür einzusetzen, dass die EU-Mitgliedsstaaten stärker miteinander kooperieren und entsprechende Kapazitäten aufbauen, um dauerhaft die Produktion von Schutzkleidung, -masken und -ausrüstung sowie weiteren medizinischen und Hygieneartikeln innerhalb der

Europäischen Union sicherzustellen, wie teilweise in der deutsch-französischen Initiative vom 18. Mai vorgeschlagen.

5. sich gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass sich diese dazu bereit erklärt, dass die Europäische Union die Finanzierungslücke bei der Weltgesundheitsorganisation schließt, die dadurch zustande gekommen ist, dass die Vereinigten Staaten von Amerika die fehlgeleitete Entscheidung getroffen haben, ihren Anteil an der Finanzierung der WHO einzufrieren.

6. Kreise und Kommunen, die mit Partnerstädten in anderen europäischen Staaten zusammenarbeiten, um Schutz- und Eindämmungsmaßnahmen miteinander zu koordinieren und im Gesundheitsbereich verstärkt zu kooperieren, besonders finanziell und ideell zu fördern und zu begleiten.

B Beratung und Abstimmung

In seiner abschließenden Sitzung am 04.09.2020 hat der Ausschuss für Europa und Internationales den Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/9350 Neudruck – mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Dietmar Brockes
Vorsitzender